



Brüssel, den 11. Juli 2013

## **Einheitlicher Abwicklungsmechanismus: Europäische Bausparkassenvereinigung fordert richtige Prioritätensetzung**

**Brüssel** – Für die Europäische Bausparkassenvereinigung kommt der jetzt vorgelegte Verordnungsvorschlag der EU-Kommission für einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus völlig verfrüht. „Statt sich immer Neues einfallen zu lassen, sollte erst das abgearbeitet werden, was auf dem Tisch liegt“, erklärte der Geschäftsführende Direktor, **Andreas J. Zehnder**. Dazu zähle die Umsetzung der zentralen EU-Bankenaufsicht, die sich auf wirklich systemrelevante Kreditinstitute mit hohem Risikopotenzial beschränken müsse. Auch liege der Vorschlag zur Reform der Einlagensicherungsrichtlinie seit längerem auf Eis. „Hier gilt es“, so Zehnder, „den gordischen Knoten zwischen Kommission, Rat und Parlament im Sinne einer risikoadjustierten Lösung durchzuschlagen.“

Auch inhaltlich hat die Europäische Bausparkassenvereinigung Bedenken gegen den aktuellen Vorschlag. Dieser sehe einen einheitlichen europäischen Abwicklungsfonds vor, bei dem die Gefahr bestehe, dass am Ende die nachhaltig agierenden Kreditinstitute und deren Kunden die Zeche für risikoreiche Geschäftsmodelle zahlen müssten. Mehr als fraglich sei es überdies, eine zusätzliche Abwicklungsbehörde einrichten zu wollen. Gemeinsame nationale Standards würden ausreichen. Sie zu definieren, gehöre auch bereits zur „to-do-Liste“.